



KOMMENTARE aus dem WESTINSTITUT

■ Warschau und Budapest als Europas Prügelknaben

Gunnar Heinsohn

Als Polen in den 1970er/1980er Jahren dringend Solidarität braucht, gibt es für die Freiheitsbewegung der Solidarność aus dem „offiziellen Deutschland“ in Ost und West keinerlei Hilfe. Helmut Schmidt (Bundeskanzler von 1974-1982) signalisiert DDR-Chef Honecker Verständnis für die Verhängung des Kriegsrechts in Polen.



Er hat Angst, dass seine Annäherung an die SED-Führer „durch Unruhe im Nachbarland Polen gefährdet werden könnten. Im Unterschied zu anderen westeuropäischen Diplomaten gingen westdeutsche und vor allem sozialdemokratische Politiker möglichst jedem Kontakt mit der polnischen Opposition aus dem Weg. [...] Herbert Wehner [bis 1983 SPD-Fraktionschef im Deutschen Bundestag] reist als erster westlicher Politiker bereits wenige Tage nach Verhängung des Kriegsrechts im Januar 1982 nach Warschau, um sich von den kommunistischen Machthabern direkt informieren zu lassen; [1984] nahm er auch noch ausgerechnet am Jahrestag der Ausrufung des Kriegsrechts einen Orden [der polnischen KP] entgegen. Noch bei Besuchen im Jahre 1985 gehen der SPD-Vorsitzende Hans-Joachim Vogel und Willy Brandt einem Treffen mit Lech Walesa aus dem Weg.“¹

Redaktion:
David Engels

Nr. 4/2021
22.2.21

Die „Kommentare aus dem Westinstitut“ sind auch verfügbar über:
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER

Als Fachkräfte aus Polen nach Deutschland abwandern, fordert kein Berliner Politiker, dass sie lieber die Heimat aufbauen als dem ohnehin reichen Deutschland zuarbeiten sollten. Es wäre eine wahrscheinlich erfolglose, aber doch Mitgefühl ausdrückende Geste der Solidarität gewesen. Als Deutschland 2015 allerdings Millionen Menschen aus Afrika und dem Islambogen in die EU holt, wird alsbald die Solidarität entdeckt - und zwar als eine den Polen fehlende Eigenschaft, denn das Land will sich an Ansiedlungen unbekannter Dauer nicht beteiligen.

Zunächst freilich lauten die Aussagen noch sehr unterschiedlich, denn man erwartet allen Ernstes die Zuwanderung von Millionen hochqualifizierten Menschen. Selbst der Daimler-Benz-Direktor Dieter Zetsche erkennt in den 2015 Hereindrängenden „eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder.“² Hätten die Neuankömmlinge tatsächlich Mercedes oder Siemens wieder zu globalen Innovationsführern gemacht, hätte wohl niemand Polen gedrängt, diese Köpfe bei sich aufzunehmen: Man hätte sie ganz still eingesackt und niemanden gebeten, doch bitte solidarisch zu sein und diese Ingenieure und Hightech-Spezialisten in ihre Betriebe zu holen.

Bald aber kommt heraus, dass 85 bis 90 Prozent der Neuen unqualifiziert sind.³ Eingedeckt bis zur Halskrause mit teuren Sozialhilfeempfängern, ruft Deutschland daher auf einmal Solidaritäts-Parolen in höchster Lautstärke durch ganz Europa. Wer darauf nicht hereinfällt, wird als minderwertig in Sachen Menschlichkeit diffamiert. Offene Wut trifft schließlich alle, die auch angesichts solcher Beleidigungen nicht einknicken, sondern das Manöver nur zu gut durchschauen.

Vor allem Budapest und Warschau werden dämonisiert. Bis heute kann man dort flanieren, ohne Menschenmengen durchpflügende LKWs fürchten zu müssen. Obwohl antijüdische Ranküne nicht fehlt, benötigen Synagogen keinen Schutz durch gepanzerte Fahrzeuge. Auch altehrwürdige Kirchen bleiben von Brandstiftern verschont - und die am Straßenrand parkenden neuen Autos auch. In der NATO gehört zwar nicht Ungarn, aber doch Polen zur kleinen Minderheit, die den vereinbarten Beitrag zur Verteidigung der westlichen Allianz leistet.⁴ Hingegen steht ein Bündnis-Gütesiegel für die Finanzierung der Gasleitungen Putins nach Deutschland weiterhin aus. Berlin verbittet sich hier jegliche Mahnung zur Solidarität mit den besorgten östlichen Nachbarn.

Längst ist auch Angst im Spiel, wenn gerade jene Regierungen als Europas Buhmänner verschrien werden, die Torheiten unterlassen und für die Sicherheit ihrer Menschen einstehen. Fürchtet man, eines Tages von den eigenen Bürgern an ihnen gemessen zu werden? Wenn Berlin auf Solidarität pocht, wird damit stets ein Eigeninteresse maskiert. Solches Bestreben ist selbstredend bei allen am Werk. Doch es bei anderen zu tadeln, sich selbst hingegen moralisch aufzuplustern, ist ein Spielchen, das man am ehesten durch Nichtbeteiligung abstellt. Am Ende werden die Vorteile der osteuropäischen Maßnahmen - kein Terror und keine Überwältigung durch bildungsferne Einwanderer - zum stärksten Argument gegen ihre Verleumdungen.

Nachweise

- 1) <http://niemcydlasolidarnosci.pl/prasa/prasa-inna/die-solidarnosc-und-die-spd/>
- 2) <https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/iaa/daimler-chef-zetsche-fluechtlinge-koennten-neues-wirtschaftswunder-ausloesen-13803671.html> ; Fettdruck GH
- 3) <http://www.rp-online.de/wirtschaft/unternehmen/ba-chef-frank-juergen-weise-fluechtlinge-keine-antwort-auf-fachkraeftemangel-aid-1.6709807>
- 4) <https://www.graphicnews.com/de/pages/38134/militar-beitragszahlungen-der-nato-mitgliedslander>

Illustration: Angela Merkel i Mateusz Morawiecki, 16.2.2018.

(aus: https://pl.m.wikipedia.org/wiki/Plik:Angela_Merkel_i_Mateusz_Morawiecki.JPG)

Instytut Zachodni
im. Zygmunta Wojciechowskiego
ul. Mostowa 27A, 61-854 Poznań

tel. +48 61 852 76 91, fax. +48 61 852 49 05
email: izpozpl@iz.poznan.pl
www.iz.poznan.pl